

Die städtischen Unternehmungen.

Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der sozialdemokratischen Verwaltung bilden die städtischen Unternehmungen. Das Schicksal der drei großen Monopolbetriebe (Gaswerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn) konnte für die ganze Entwicklung der Stadt entscheidend werden. Die christlichsoziale Verwaltung hatte in der Vorkriegszeit aus den Unternehmungen gewaltige Gewinne gezogen, sie aber in der Kriegszeit bis zur Erschöpfung ausgenutzt, ohne an Erneuerungen zu denken. Dabei waren die Tarife der beginnenden Geldentwertung nicht angepaßt, da die damalige Mehrheit aus demagogischen Gründen vor den Wahlen Tarifierhöhungen nicht durchführen wollte. Die sozialdemokratische Verwaltung vertrat vom ersten Tage an den Standpunkt, daß die Monopolunternehmungen keinen Gewinn an die Gemeinde abzuliefern brauchen, sich aber selbst erhalten und die öffentliche Beleuchtung kostenlos liefern müssen. Danach wurde die Tarifpolitik eingerichtet. Gegenüber einer Opposition, die vor der frivolsten Demagogie nicht zurückschreckte, wurde der Standpunkt zähe festgehalten. So konnten die Unternehmungen auch in der schlechtesten Zeit über Wasser gehalten werden, ja bald wieder an die Erneuerung und Erweiterung ihrer Anlagen schreiten. Dabei sind die Tarife heute niedriger als in der Vorkriegszeit.

Die Monopolunternehmungen.

Die Straßenbahn vermochte ihren Wagenpark instandzusetzen und zu vergrößern, die Linien auszubauen. Ihre Gleislänge im Wiener Gemeindegebiet betrug im Juli 1914 523 Kilometer und ist bis Ende Dezember 1927 auf 576 Kilometer gestiegen. Die Stadtbahn, die der Bund am Ende der Kriegszeit außer Betrieb gesetzt hatte, wurde der Gemeinde zur Benutzung überlassen und für den elektrischen Betrieb im Anschluß an die Straßenbahn eingerichtet. Die Elektrifizierungsarbeiten kosteten 18 Millionen Schilling. Im Winter 1928/29 wurde zur Entlastung der Straßenbahn ein großzügiger Autobusverkehr eingerichtet. Der Einheitsfahrpreis der Stadtbahn und Straßenbahn, mit dem Recht, beliebig umzusteigen, ist 28 Groschen gleich 19'4 Goldheller, im Vorverkauf (zu 5 Stück) 26 Groschen gleich 18 Goldheller, also geringer, als der Durchschnittsfahrpreis in der Vorkriegszeit war, in der bei einem Zonentarif die Fahrpreise 14, 20 und 30 Goldheller betragen. Der Einheitsfahrpreis, der für das gesamte Stadtgebiet gilt, bedeutet eine Begünstigung der proletarischen Bevölkerung, die in den Außenbezirken wohnt und die weiteren Strecken zurückzulegen hat. Bemerkenswert ist, daß die Sonderfahrpreise eine noch stärkere Begünstigung erfuhren als in der Vorkriegszeit und weiter ausgebaut wurden. Die Frühfahrtscheine, die in der Vorkriegszeit 12 Goldheller kosteten und zur Begünstigung der zur Arbeitsstätte Fahrenden geschaffen wurden, kosten jetzt 16 Groschen gleich 11'1 Goldheller. An Sonn- und Feiertagen war der Mindestfahrpreis in der Vorkriegszeit 20 Goldheller. Jetzt ist zwischen

Wochentags- und Sonntagstarif kein Unterschied. Die Kinderfahrtscheine, die vor dem Kriege 12 Goldheller kosteten, werden jetzt um 4 Groschen gleich 27 Goldheller, im Vorverkauf gar um 3 Groschen gleich 21 Goldheller abgegeben. Hin- und Rückfahrtscheine, die von Arbeitern und Angestellten benutzt werden, kosten gegenüber 30 Goldhellern in der Kriegszeit 35 Groschen gleich 24 Goldheller. Wochenkarten für Arbeiter wurden überhaupt erst nach dem Kriege eingeführt. Seit dem Jahre 1927 erhalten Arbeitslose für die Fahrt zur Meldungs- und Auszahlungsstelle, die zweimal wöchentlich aufgesucht werden muß, sowie für die Fahrt zu den Umschulungs- und Nachschulkursen Freifahrtscheine.

Die Straßenbahn zählt jetzt jährlich 640 Millionen Fahrgäste gegen 325 Millionen im Jahre 1913. Von den Fahrkarten sind nur 437 Prozent normale, beim Schaffner gekaufte Fahrkarten, 269 Prozent Vorverkaufskarten und 294 Prozent Zeitkarten. Der mittlere Fahrpreis beträgt unter Berücksichtigung aller Begünstigungen 197 Groschen gleich 136 Goldheller, während der Durchschnittsfahrpreis vor dem Kriege 16 Goldheller war.

Das Gaswerk ist zu einer großen chemischen Fabrik ausgestaltet worden. Infolge der Einführung eines neuen Verfahrens bringt es vollwertigen Koks zum Verkauf, hat eine eigene Benzolfabrik usw. und macht ein großes Exportgeschäft. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Gas machen nur etwa 69 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Das gestattet, den Gaspreis niedrig zu halten. Obwohl das Werk mit ausländischer Kohle arbeiten muß, deren Preis um die Hälfte höher als der Friedenspreis ist, kostet das Gas einschließlich der Warenumsatzsteuer des Bundes und der Wasserkraftabgabe nur 19 Groschen, um 225 Prozent weniger als vor dem Kriege! Dabei kommt das Werk heute einem viel größeren Teil der Bevölkerung zugute. Am 30. Juni 1919 wurden 239.085 Gasabnehmer gezählt, Ende August 1928 waren es 445.153. Das Gaswerk beliefert außerdem 15 Gemeinden außerhalb Wiens.

Eine außerordentliche Entwicklung hat das Elektrizitätswerk genommen. Es gelang nicht nur, die Wiener Zentralen maschinell auf der Höhe zu halten, sondern auch das Werk möglichst unabhängig von ausländischer Kohle zu machen. Ein heimisches Kohlenbergwerk, das früher bedeutungslos war, wurde so ausgestaltet, daß die ihm angeschlossene Überlandzentrale so viel aus dieser Kohle erzeugten Strom nach Wien liefert, als für die Straßenbahn und die Stadtbahn benötigt wird. Damit begnügte sich die Gemeinde nicht. Sie nahm den Bau von Wasserkraftwerken in Angriff. Statt mit hochverzinslichen Anleihen, die übrigens lange Zeit gar nicht zu bekommen gewesen wären, baute die Gemeinde mit dem Erträgnis der kleinen Wasserkraftabgabe, welche die Gas- und Stromkonsumenten auf sich nehmen mußten und auf deren Eingänge die von der Gemeinde gegründete Wasserkraftgesellschaft von der Gemeinde so große Vorschüsse zu niedriger Verzinsung bekam, daß die Arbeiten ohne Störung fortgeführt werden konnten, obwohl außerordentlich verteuerte technische Schwierigkeiten zu überwinden waren. So konnte das erste Wasserkraftwerk Ende

Dezember 1924 den Betrieb beginnen. Die erste Folge war, daß der Tarif für den Wiener Kraftstrom um 12 1/2 Prozent verbilligt wurde! Die Wiener Industrie erspart durch diese Preisermäßigung jährlich das Dreifache des Betrages, den die Wasserkraftabgabe auf Kraftstrom für ein Jahr ausmacht. An die Leitung des Wiener Wasserkraftwerkes ist das oberösterreichische Kraftwerk angeschlossen, das Anfang 1925 den Betrieb begann und einen Teil seines Stromes vertragsmäßig nach Wien liefert. Die Leitung wird noch für ein drittes Werk benutzt, das Anfang 1926 vollendet wurde. Es wurde von der Gemeinde selbst gebaut und nutzt die Hochquellenwasserleitung aus. Von den 481 Millionen Kilowattstunden, mit denen die Elektrizitätswerke für 1928 rechnen, werden 218 Millionen aus dem eigenen Kohlenbergwerk und den eigenen Wasserkraftwerken gewonnen. In so hohem Maße gelang es, das Werk vom Bezug ausländischer Kohle unabhängig zu machen. Die Einfuhr von 400.000 Tonnen Kohle jährlich wird erspart. So kann der Strompreis einschließlich der Steuern auf der halben Höhe des Vorkriegspreises gehalten werden. Der Lichtstrom kostet jetzt für die Hektowattstunde 5 1/2 Groschen, der Kraftstrom 2 1/2 Groschen, wovon noch weitere Abschläge in Sonderverträgen mit großen Abnehmern und für Reklamezwecke erfolgen. Gesonderte Elektrizitätszählermieten und Gasmessermieten werden nicht eingehoben. Während im Jahre 1913 nur 92.000 und im Jahre 1918/19 158.878 Zähler angeschlossen waren, gab es Ende August 1928 565.863 Abnehmer. Das Elektrizitätswerk lieferte im Jahre 1928 auch an 66 Gemeinden außerhalb Wiens den Strom.

Gas und elektrisches Licht sind erst durch die sozialdemokratische Verwaltung den breiten Massen zugänglich gemacht worden.

Die andern Unternehmungen der Gemeinde.

Neben den drei großen Monopolunternehmungen haben sich auch die anderen städtischen Unternehmungen gut entwickelt: die städtische Leichenbestattung, eine städtische Ankündigungsunternehmung und ein großes Brauhaus, das mit Gewinn geführt wird.

Die städtische Leichenbestattung ist im Jahre 1907 errichtet worden, um der empörenden Ausschrotung der Pietät Hinterbliebener durch die privaten Leichenbestattungsunternehmungen Einhalt zu gebieten. Die frühere Gemeindeverwaltung hat aber selbst bei dieser Unternehmung einen Gewinn angestrebt. Die sozialdemokratische Verwaltung hat die Tarife in Anpassung an die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten entsprechend abgestuft. Mit Erfolg ist man auch bemüht, das Leichenbegängnis von den Friedhofshallen aus so billig wie möglich zu gestalten und so die hygienisch nicht unbedenkliche Übung der Bestattung vom Sterbehause aus mehr und mehr einzuschränken. Den Fortschritt in der Richtung der Kommunalisierung des Bestattungswesens beweisen folgende Vergleichsziffern: Im Jahre 1913 ist noch in 41 1/8 Prozent aller Wiener Sterbefälle das Leichenbegängnis ausschließlich von Privatunternehmern durchgeführt

worden; im Jahre 1927 traf dies nur mehr für 15,9 Prozent aller Fälle zu.

Die städtische Ankündigungsunternehmung wurde im Jahre 1921 gegründet und begann ihre Tätigkeit mit Reklame- tafeln in den Wagen der Straßenbahnen. Dann wurden alle geeigneten Objekte der Gemeinde (Laternen, Bogenlampenmasten, Feuermauern städtischer Gebäude usw.) in Eigenregie für Reklame- zwecke, insbesondere Plakatierungs- und Lichtreklame, verwertet. Die neue städtische Unternehmung „Gewista“ hat sehr bald (1923) mit den privaten Firmen, die bis dahin das Ankündigungsgeschäft in Wien betrieben hatten, eine Gesellschaft „Wipag“ gegründet und sich dort das Übergewicht gesichert. Die „Wipag“ verfügte Ende 1927 über rund 90 Prozent der Flächen, die im Bereiche Wiens auf Grund behördlicher Bewilligung für die Papierplakatierung verwendet werden können. Die „Gewista“ und die „Wipag“ waren mit Erfolg bemüht, das öffentliche Ankündigungswesen in Wien entsprechend den Forderungen des guten Geschmackes umzu- gestalten. Der Reingewinn (1927 85.700 Schilling) wird Jahr für Jahr an die Gemeinde Wien abgeführt.

Das Brauhaus der Stadt Wien ist im Jahre 1905 von der Gemeinde erworben worden, um auf den Bierpreis regelnd ein- wirken zu können. Dazu war aber der Betrieb viele Jahre hindurch zu klein. Erst nach der technischen Ausgestaltung aller Anlagen vom Jahre 1922 angefangen, ist das städtische Brauhaus gegenüber den privaten Großbetrieben konkurrenzfähig geworden. Seit 1926 ist das Brauhaus mit einer Jahresproduktion von über 400.000 Hekto- litern das zweitgrößte Brauhaus Wiens und liefert Jahr für Jahr einen ansehnlichen Reingewinn (1927 668.000 Schilling) an die Ge- meinde ab, trotzdem sein Bierpreis um 6 Schilling pro Hektoliter geringer ist als der der kartellierten privaten Wiener und Alpen- ländischen Brauereien. Das außerhalb dieses Kartells stehende Brauhaus der Stadt Wien liefert 75 Prozent seiner Erzeugung nach Wien selbst und deckt damit 17 Prozent des Wiener Bierkonsums.

Es gibt auch eine städtische Versicherungsanstalt. Sie wurde von der Gemeinde Wien im Jahre 1898 gegründet und mußte die Rechtsform einer wechselseitigen Versicherungsanstalt an- nehmen, da das österreichische Recht die in Deutschland ein- geführte Einrichtung öffentlich-rechtlicher Versicherungsbetriebe nicht kennt. Von den privaten wechselseitigen Assekuranzbetrieben unterscheidet sich die Wiener kommunale Versicherungsanstalt da- durch, daß sie nicht von Delegierten der Versicherten, sondern von der Gemeinde selbst in der Weise verwaltet wird, daß ein aus sechs Mitgliedern des Gemeinderates gebildeter Ausschuß unter dem satzungsgemäßen Vorsitze des Bürgermeisters die Oberleitung innehat; neben diesem Verwaltungsausschuß fungiert ein aus drei Mitgliedern des Gemeinderates bestehender Überwachungsausschuß der Anstalt. Ursprünglich nur für den Betrieb der Lebensversiche- rung errichtet, mußte die Anstalt nach dem Kriege umgestaltet werden, da sich durch die Geldentwertung und die ihr folgende vollständige Vernichtung des in 20 Betriebsjahren angesammelten

Versicherungsstockes das Portefeuille der Lebensversicherung allein zum Wiederaufbau des Betriebes unzulänglich erwies. So wurde denn im Jahre 1922 die Feuer-, Einbruch- und Glasversicherung eingeführt und im folgenden Jahre auch noch der Betrieb der Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeugversicherung angegliedert. Diese Ausgestaltung ermöglichte einen raschen Aufschwung des Unternehmens, das sich in kurzer Zeit — entsprechend seiner gemeinnützigen Bestimmung — durch erfolgreichen Kampf gegen das Feuerversicherungskartell zu einem Preisregulator auf dem wichtigen Gebiete der Feuerassekuranz entwickelte. Auch hinsichtlich der übrigen Versicherungszweige konnte die Anstalt bald einer großen Anzahl von Gemeinden, öffentlichen Körperschaften, Arbeiter- und Angestelltenverbänden billigen und verlässlichen Versicherungsschutz gewähren. Mehr als ein Zehntel aller in Wien bestehenden Feuerversicherungsverträge ist innerhalb kurzer Zeit der Städtischen Versicherungsanstalt zugefallen, obwohl sie weder Monopolcharakter hat, noch durch irgendeine Form der Zwangsversicherung gefördert wird.

Gemeinnützigen Tendenzen und ihrer satzungsgemäßen Bestimmung trägt die Anstalt dadurch Rechnung, daß sie, fern geschäftlichen Gewinnabsichten, der Allgemeinheit dienende Einrichtungen und Bestrebungen fördert. So bietet sie beispielsweise durch Kollektivverträge großen Vereinigungen den Versicherungsschutz gegen ein Entgelt, dessen überraschende Billigkeit es diesen Kreisen erst ermöglicht, überhaupt zum Genuß der Vorteile eines Versicherungsvertrages zu kommen. Durch solche Massenverträge waren bei der Anstalt im Jahre 1927 gegen die verschiedensten Gefahren 256.000 Personen versichert. Ein ansehnlicher Teil dieser Versicherungen betraf den Schutz gegen die Folgen von Unfällen bei sportlicher Betätigung, wodurch mittelbar die Interessen der körperlichen Ertüchtigung gefördert werden. Daneben waren rund 30.000 Personen durch Einzelverträge lebensversichert.

Die Wiener Messe.

Im Jahre 1921 wurde unter entscheidender Mitwirkung der Gemeinde eine Aktiengesellschaft zur Veranstaltung von Messen gegründet. Es wurden bisher 15 Messen abgehalten. Ferner wurden mit Unterstützung der Gemeinde fünf Ausstellungen veranstaltet. Während die Wiener Messen hinsichtlich ihrer Ausdehnung unmittelbar nach denen von Leipzig rangieren, übertreffen sie in der Zahl der ausländischen Einkäufer (rund 27.000) alle übrigen Messen der Welt. Von den Messen ist wiederholt eine fühlbare Belebung des Absatzes ausgegangen und in ihrem Gefolge trat stets eine merkliche Verminderung der Zahl der Arbeitslosen, beziehungsweise in Krisenzeiten eine Verlangsamung der Zunahme der Arbeitslosen auf.

Im Zusammenhang mit der Messe steht auch die Einrichtung einer Fremdenverkehrskommission für Wien und Niederösterreich, für die die Gemeinde den Großteil der Kosten aufbringt. Sie begann ihre Tätigkeit im Jahre 1926 und ist bemüht, in der ganzen Welt eine Werbetätigkeit für den Besuch Wiens zu ent-

fallen, die Gerüchte über die „sterbende Stadt“ zu zerstören und in Wien selbst Einrichtungen zu schaffen, die Wien immer mehr zum Anziehungspunkt für Fremde machen. Dazu gehören unter anderm die Veranstaltung von Festwochen, die Vorbereitungsarbeiten für internationale Kongresse, deren es im Jahre 1927 40 und im Jahre 1928 50 in Wien gegeben hat. In Wien gab es im Jahre 1913 598.740 Fremde, darunter 374.931 aus dem alten Österreich (ohne Ungarn) selbst. Im Jahre 1927 war die Zahl der Fremden in Wien 561.489, wovon 184.267 auf das heutige Österreich entfallen. Das Jahr 1928 hat, auch wenn die Besucher des großen Sängerefestes außer Betracht bleiben, noch eine gewaltige Steigerung gebracht. Wien steht heute, was den Ausländerverkehr anlangt, nach Paris an erster Stelle unter den Städten Europas. Für die Hebung des Wirtschaftslebens hat der wachsende Fremdenverkehr außerordentliche Bedeutung. Die Gemeinde übt auf diese Weise eine wahrhaft befruchtende Tätigkeit aus.

* * *

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die städtischen Unternehmungen in den Jahren 1923 bis 1927 Investitionen im Betrag von 231 Millionen Schilling durchgeführt. Die schon erwähnte Anleihe der Gemeinde im Betrag von 30 Millionen Dollar (210 Millionen Schilling) dient vom Jahre 1928 an ausschließlich Investitionszwecken der Unternehmungen.

Das neue Wien.

So sehen wir, wie die sozialdemokratische Mehrheit in planmäßiger Arbeit auf allen Gebieten der Verwaltung reformierend eingreift. Aus der Gemeinde, die als Verwaltungsbehörde den breiten Massen der Bevölkerung fremd, ja oft feindselig gegenüberstand, wird unter sozialistischem Einfluß das wirkliche Gemeinwesen, das alle umfaßt, die in seinen Mauern wohnen, und den Weg des einzelnen von der Wiege bis zum Grabe begleitet, wann immer es nötig ist. Der Kapitalismus kann nicht von den Rathäusern aus beseitigt werden. Aber große Städte vermögen schon in der kapitalistischen Gesellschaft ein tüchtiges Stück sozialistischer Arbeit zu leisten. Eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit kann auch im kapitalistischen Staat zeigen, welche schöpferische Kraft dem Sozialismus innewohnt. Ihre fruchtbare Arbeit dient nicht nur dem Wohle der Stadtbewohner, sie ist zugleich Werbearbeit für den Sozialismus in höchstem Maße.

Der Ernst und die Entschlossenheit, mit der die Sozialdemokraten in einer Zeit, in der man den Niedergang Wiens, seine Rückbildung zur bedeutungslosen Mittelstadt prophezeite, ihr Werk begonnen und unbeirrt durch christlichsoziale und kommunistische Demagogie fortgeführt haben, mußten auch den vielen Zehntausenden politisch Neutralen imponieren, die in einer Großstadt leben, mußten auch dem Andersgesinnten Achtung abzwängen.